

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brütting, sehr geehrte Herren Beigeordnete - Herr Steidle und Herr Schwarzenborfer, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Wirtschaft als Motor bricht ein, die Gründe dafür haben sich verschärft – so diverse Konjunkturbarometer. Eine geänderte Energieversorgung, der nötige Umbau der Wirtschaft, die anhaltenden Krisen und dadurch wirtschaftliche Unsicherheiten hinterlassen Spuren, die in den Kommunen die Stimmung trüben, so die KfW-Chefvolkswirtin. Dies nach der langen Phase sehr zufriedenstellender wirtschaftlicher Ergebnisse.

Auch wenn derzeit weiterhin nach Fachkräften gesucht wird, die Branchen Autoproduktion, Metallindustrie und Chemie als wichtigste Säulen in Deutschland schwächeln. Dies wirkt sich auch auf weitere Regionen aus. Der Markt und die Politik werden gegensteuern müssen.

Es braucht zukunftsfähige Investitionen in sichere gute Arbeitsmöglichkeiten.

Kommunal in die Zukunft, Morgen fängt heute an: Beim Städtetag BW im Herbst gab es einen Katalog von 13 Forderungen an die Landesregierung. Die wichtigsten für uns LINKE daraus:

- Klimaschutz ist Menschenrecht,
- Kinder- und Jugendhilfe legt den Grundstein für gelingendes Aufwachsen,
- Migration ist Herausforderung u n d Chance,
- Demokratie ist anspruchsvoll,

*und nicht zuletzt, da werden Sie mir denke ich alle zustimmen:*

Starke Städte brauchen starke Finanzen.

Für die Kommunen scheitert ausreichende solidarische Finanzierung der öffentlichen Aufgaben daran, weil Beschlüsse der Bundes- und Landesregierung kostenmäßig zu stark auf die Kommunen abgewälzt werden (Konnextätsprinzip), wie z. B. für Schulen und Investitionen in Krankenhäuser.

Weitere Gründe sind, dass Erbschaften nicht gerecht besteuert und die ausgesetzte Vermögenssteuer nicht reformiert werden. Allein durch letzteres fehlen den Ländern seit 1996 380 Milliarden.

Die bekannten angewachsenen Haushaltsreste der Landesregierung, die sich in den letzten zehn Jahren auf fast 10 Mrd. Euro verfünffacht haben, wie der Rechnungshof festgestellt hat, wären gesamtwirtschaftlich gesehen konjunkturstützend gewesen.

Das Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau führt auf, dass angesichts der Konjunktur-Krise die Kommunen ebenso eine konjunkturstützende Funktion als Investoren haben. (60 % der öffentlichen Baumaßnahmen und 40 % aller öffentlichen Sachinvestitionen.) Die getätigten und geplanten Investitionen für Aalen sollten auch unter diesem Aspekt bewertet werden.

Soweit der nötige Hintergrund, um hier Realistisches entgegenzusetzen: Sündenböcke im Land zu benennen, wie beispielsweise Bürgergeldempfänger ist verantwortungslos und es schadet uns als Gesellschaft.

Wir wissen: Aalen wächst weniger als zunächst erwartet nach der Prognose des statistischen Landesamts auf der Grundlage des Zensus. Daher wird es für Aalen weniger Zuweisungen geben, gleichzeitig wird die Kreisumlage stark erhöht. Weniger Möglichkeiten als in den letzten Jahren um zu gestalten.

Wir sind trotz der angespannten HH-Lage im vorgelegten Plan der Verwaltung auf guten Weg: auch beim Energieleitplan, beim eingeschlagenen Weg für Ganztagsbetreuung und damit den Bildungschancen. Wir erreichen wie vorgelegt einen genehmigungsfähigen Haushalt.

Und: Sozialabbau oder Personalabbau oder Ausgliederung darf es nicht geben. Wenn es auch für die nächsten Jahre prognostiziert schwieriger wird.

Das Niveau zu halten und zukünftig, entsprechend der Haushaltslage weiter zu entwickeln, wäre notwendig um alle teilhaben zu lassen, niemand darf abgehängt oder ausgegrenzt werden.

Bemerkenswert ist, dass der Bund jährlich mehr Aufwendungen für Wohngeld zu tätigen hat als für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum.

Und schreckend: 30.000 Räumungen von Wohnungen finden in Deutschland mittlerweile jährlich statt.

Mit dem Aalener „Handlungsprogramm Wohnen“ für mehr bezahlbarer Wohnraum waren wir erfolgreich, allerdings stoppt der Neubau gerade. Somit werden auch keine bezahlbaren Wohnungen gebaut. (Zuschüsse dazu waren bereits Mitte des Jahres vergriffen. Und wegen der Marktlage, also der hohen Kosten der zur Veräußerung vorgesehenen Wohnungen, können die Anteile nicht gebaut werden deren Miete zu 33% ermäßigt wäre)

Offiziell nach der rechtlichen Lage gibt es hier keine Wohnungsknappheit, daher kann präventiv bisher nichts unternommen werden, wie ein Zweckentfremdungsverbot. Aber angesichts der steigenden Mieten von mind. 55 % seit 2011, wir haben noch Ressourcen, diese gilt es zu nutzen.

**Antrag 1A)** Im Rahmen des Aalener Programms Wohnen „Säule 3 Wohnraumakquise“ wird beantragt eine verstärkte Kampagne zu starten um längerfristigen Leerstand bei Wohnen und Gewerbe enorm zu reduzieren.

**Antrag 1B):** Nicht zulässige Nutzungen von Wohnungen sind zurückzuführen und sonstige Leerstände für gewerbliches oder kulturelles zu nutzen.

Gewerbeflächen können ggfs. in Wohnraum umgenutzt werden.

Wo nicht zulässige Ferienwohnungen entstanden sind oder nicht genehmigte gewerbliche Umnutzungen stattfinden ist dies Zweckentfremdung. Diese gehören zumindest in Wohngebieten überprüft und (konzeptionell oder durch entspr. Konzessionen) stark eingedämmt. Dadurch steht mehr Wohnraum zur Verfügung und die Lage entspannt sich.

Daher: nicht durch den Wegfall des LEA-Privilegs, sondern bereits jetzt werden für Haushalte, die über mittleres oder geringeres Einkommen verfügen, diese Anstrengungen nötig.

Das Pestel-Institut hat 2024 veröffentlicht, dass im Ostalbkreis mind. 7570 Wohnungen leer stehen. Hier gilt es anzusetzen, um marktaktiv die Eigentümerinnen und Eigentümer zu erreichen und mit dem o. g. Programm der Stadt bekannt zu machen und Multiplikatoren zu gewinnen.

Als Instrument: Zensus-Atlas 2022 oder Stadtwerkeabrechnungen lassen genau feststellen wo Leerstand im Stadtgebiet bestehen. Und: Wohnungen haben keinen Datenschutz!

**Antrag 1 C) Angebot für Überprüfung des Mietspiegels in der Kommune angesiedelt.**

Um zu wissen, dass ihre Mieten richtig bewertet werden sollte es für Mieterinnen und Mieter eine Anlaufstelle geben. Nahezu alle hier vertretenen Parteien und Gruppierungen hatten im Kommunal-Wahlprogramm das Thema „bezahlbarer Wohnraum schaffen“ was wir aber nicht erreichen; der Markt richtet es nicht!

Argument: Die Einhaltung der Parkierung wird überprüft – die Einhaltung der Höhe der Miete nicht - obwohl dies gesellschaftlich sehr viel relevanter wäre.

**Antrag /Auftrag 2 A) Sich einsetzen beim Landkreis und beim Schulamt für Verbesserung des ÖPNV durch gestaffelten Schulbeginn.**

Es wird bei zeitversetztem Unterrichtsbeginn bereits in anderen europäischen Ländern für die Schülerbeförderung weniger Personal und Busse gebraucht, das entlastet. Als Nebeneffekt könnte mehr Kapazität für Strecken-Verbesserungen ermöglicht werden.

**Antrag 2 B) Innenstadt für Bewohnerinnen und Bewohner aktivieren. Spezielles wie ein „Runder Tisch für die Altstadt“ diesbezüglich wird beantragt.**

Es war bereits in der letzten Haushaltsdebatte ein Thema, das Wohnen dort zu verbessern, ca. 13 % wohnen hier. In der Altstadt ist es erfolgreich gelungen, dass Menschen sich dort gerne aufzuhalten. Zu bestimmten Zeiten sind dafür - erst mal subjektiv - die Lärmpegel zu hoch.

Eine Überprüfung der Werte, auch von ausnahmsweise zulässigen Überschreitungen einschließlich der Zeiten des Auf- und Abbaus wird dringend erforderlich um eine Einhaltung des zulässigen Lärmpegels zu erreichen.

### Dritter Antragsbereich Ökologie und Naturschutz

**Antrag 3 A)** Zur Bildung gehört auch Umweltbildung für alle, dafür wird beantragt mehr Freiflächen für Umwelt und Naturschutz zu nutzen. Ungenutzte Flächen um Kindergärten oder Schulen oder in öffentlichen Parkanlagen sollen dafür und bei Interesse auch zum Anbau von Lebensmitteln für Interessierte zur Verfügung stehen.

Nicht nur Teile des Schwarzwalds sollen dem Artenschwund etwas entgegen-setzen, das können wir überall machen. Auch zu lernen wie Lebensmittel angebaut werden kann nicht früh genug gelernt werden. Dafür sollen interessierte Beschäftigte aus diesen Bereichen fortgebildet werden.

**Antrag 3 B)** Für gesundes und regionales Essen in Kitas und bei der Schulkindbetreuung:

Hier ist der Anteil an Lebensmitteln aus der Region für die Verpflegung der Kinder zu erhöhen. Möglich wäre eine Genossenschaft der Erzeuger zu fördern, welche die Verpflegung z. B. mit Obst, Gemüse und Milchprodukten übernimmt. Erschreckend was WWF für Deutschland veröffentlicht: pro Jahr werden so viele Lebensmittel weggeworfen wie auf 2,4 Mio. ha angebaut werden könnten.

**Antrag 4)** Um insgesamt die Einnahmeseite zu erhöhen bzw. die Ausgaben zu reduzieren soll dies geprüft werden - in Schlagworten:

Steuer für Zweitwohnungen,

Baumaßnahmen auf Notwendigkeit und Umfang zu prüfen, Beispiel Aalbäumele.

Verfolgen von nicht umgesetzten Maßnahmen bei ökologischem Ausgleich:

Selbstanzeige ermöglichen und erhöhtes Bußgeld bei Nichtmeldung. Diese

Maßnahmen sind kein „Nice to have“ sondern Vorgabe!

Auftrag an die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau, dass gewerbliche Immobilien verkauft oder ungenutzte umgebaut und nutzbar gemacht werden.

Weiterhin an die Verwaltung zu prüfen, welche Nutzung das Aalener

Krankenhaus später erhalten könnte.

Nun möchte ich mich herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken für die engagierte Tätigkeit für unsere Stadt und für uns vom Gremium; bei Ihnen Herr Oberbürgermeister, Ihnen den Beigeordneten und den Mitarbeitenden der Kämmerei ebenso und besonders für die Erstellung des Haushaltentwurfs.

Mit Spannung erwarte ich die weiteren Debatten und Entscheidungen und würde mir wünschen, dass die Themen Soziales und Miteinander leben von vielen von Ihnen als Kitt für die Gesellschaft gesehen und mit vorangebracht werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.